

Frauen, Männer und Arbeit in der Krise

Die Wirtschaft vom spekulativen Kopf auf die versorgenden Füße stellen

Christa Wichterich

Das Krisenkonglomerat von 2008/9 beendet eine Expansions- und Boomphase kapitalistischer Wirtschaftsweise – gemeinhin Globalisierung genannt -, in der Frauen einen Quantensprung nach vorn in die Erwerbsmärkte, die Politik und andere öffentliche Bereiche machen konnten. Die marktökonomische Expansion war der Weg aus der Überproduktionskrise der 1970er Jahre. Neue Märkte wurden erschlossen und neue Terrains und Methoden des Profitmachens erfunden, nach Anlage suchendes Kapital drängte auf den Finanzmarkt, Produktion wurde in die Billiglohnländer des Südens verlagert, zur Neuorganisation der internationalen Arbeitsteilung wurden immer mehr Frauen und selektiv auch MigrantInnen in die Erwerbsmärkte integriert, geistige Eigentumsrechte und Patentierung sicherten den Zugriff auf die Biodiversität und lokales Wissen, Privatisierung unterwarf zunehmend auch die öffentliche Daseinsvorsorge und öffentliche Güter den Marktprinzipien.

So global und verflochten diese neuen Strukturen von Wertschöpfung sind, so global und verflochten sind jetzt auch die Krisen. Die Hunger- und Armutskrise wie auch die Energie- und Klimakrise machen deutlich, dass der gesellschaftliche Bezug auf das Soziale und auf die Natur nichts außerhalb der Ökonomie sind, sondern dass Ökonomie, soziale Zusammenhänge (einschließlich der Geschlechterverhältnisse) und Naturverhältnisse sich wechselseitig bestimmen und miteinander verwoben sind.

Tatsächlich beruhte eine der Wachstumsstrategien des Kapitalismus in der Globalisierung darauf, Frauen und MigrantInnen am unteren Ende der transnationalen Wertschöpfungsketten zu integrieren. In den Schwellenländern waren die jungen „billig“-arbeitenden Frauen in den Exportfabriken ein komparativer Vorteil, der ausländische Investoren und Aufträge für billige Massenware anzog. Die gesamten Produktions- und Handelslinie von Discountern wie Aldi und Kik von China bis Deutschland beruht als transnationale Wertschöpfungskette auf flexibler, unterbezahlter Frauenarbeit. Damit geht eine Tendenz zur Informalisierung und Prekarisierung von Arbeit und eine Verschiebung der Kosten und Risiken einher. Philippinische Exportarbeiterinnen sind mehrheitlich nicht mehr bei den Herstellern beschäftigt, sondern werden über private Arbeitsvermittler in die Fabrik gerufen, wenn Aufträge reinkommen. Kein Auftrag, keine Arbeit, kein Verdienst. Konjunkturelle und Auftragsrisiken haben die Unternehmer auf diese Weise an sie geschoben so wie die großen Hotelketten ihr unternehmerisches Risiko an „Zimmermädchen“ weitergeben, die nur noch pro gemachtes Bett und geputztes Zimmer bezahlt werden.

Gleichzeitig führte die Migration in die Metropolen zu einer globalen Neuverteilung von Sorgearbeit und sogenannten transnationalen Sorgeketten: mittelständische Frauen überließen das Putzen und Windeln Migrantinnen, die mit ihren Devisenüberweisungen den Staatshaushalt und die privaten Haushaltskassen daheim

auffüllten. Ob nun Frauen vom Land oder aus den Slums in mittelständischen Haushalten in der Stadt oder Migrantinnen aus dem Süden und Osten, die im Norden als niedrigentlohnte Krankenschwestern, Kinderfrauen und Altenpflegerinnen arbeiten, immer werden Versorgungsleistungen von ärmeren in wohlhabendere Haushalte, von armen in reiche Länder verschoben. Dadurch wird die Sorgeökonomie im Herkunftsland geschwächt und Sorgelücke in den Privathaushalten erzeugt. Die Migrantinnen überlassen in diesen transnationalen Sorgeketten die Betreuung eigener Kinder ihren Töchtern, Schwestern oder gegen ein paar Cents Nachbarinnen, während sie im Norden fremde Kinder wickeln und hüten. Während Polinnen Alte in Westeuropa pflegen, kommen billige Pflege- und Putzkräfte aus der Ukraine nach Polen. Ein Versorgungsengpass oder Notstand wird mithilfe des Imports von billigen Sorgearbeiterinnen gemanagt, aber eigentlich nur verschoben und exportiert. Dabei bleibt sowohl die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung als auch die Geringbewertung von Sorgearbeit intakt.

Die Antriebskraft, die hinter dem Marktwachstum steht, ist das Streben der zentralen privatwirtschaftlichen Akteure nach Gewinn und Geldvermehrung. Die irrwitzigsten Spekulationen auf den Finanzmärkten versprachen die größten Gewinne. Termingeschäfte mit Pensionsfonds, Wetten auf Nahrungsmittelernten, Verbriefungen von Hypothekenkrediten, deren Schuldner über keinerlei Sicherheiten verfügen, stehen exemplarisch dafür, wie unter dem Wachstumsimperativ Versorgung, Bedürfnisbefriedigung und Lebenssicherheiten – der eigentliche Zweck allen Wirtschaftens – unter die Räder des Renditemachens gerieten. Spekulation mit Ernährungs- und sozialer Sicherheit führen direkt in eine Hunger-, Renten- und Armutskrise: so stieg die Zahl der Hungernden innerhalb eines Jahres um fast 100 Millionen auf über eine Milliarde Menschen, obwohl genug Nahrung für alle produziert wird. Private Pensionskassen mit Milliardenverlusten kürzen den Alten die Rente. In den USA verloren 4,2 Millionen Haus- und Wohnungsbesitzer das eigene Dach über dem Kopf.

Sorgloses Wachstum

Um seine Gewinne ständig exponentiell zu steigern, muss die kapitalistische Wirtschaft wachsen und darf so wenig wie möglich kosten. Aus diesem Grund wurden zum einen die offensichtlichen Grenzen des Wachstums ignoriert, zum anderen möglichst viele soziale und ökologische Kosten aus den Märkten externalisiert und auf die Individuen, sozialen Zusammenhänge und die Umwelt verschoben. Der Druck auf Löhne und Effizienz wird erhöht, das soziale Sicherungssystem reduziert oder erst gar nicht aufgebaut, industrielle Produktion und Konsum verschlingen und verschmutzen immer mehr Energie, Wasser und andere Ressourcen. Diese Wirtschaftskosten gehen nicht in die Preisbildung ein. Das macht die Waren auf den Märkten so preiswert und den globalisierten Kapitalismus für Konsumenten so attraktiv. Je mehr der Staat sich gemäß der neoliberalen Doktrin aus den Märkten zurückzog, desto weniger wird die Risikoabwälzung auf die gesellschaftlichen Natur- und Sozialverhältnisse kontrolliert und reguliert.

Handelsbilanzen und Bruttoinlandsprodukt zeigen diese verschobenen und versteckten Kosten und Risiken der Wirtschaft nicht. Ebenso wenig zeigen sie, dass kapitalistische Wertschöpfung überall auf Grundlage eines Polsters von sozialer Reproduktion, von überwiegend von Frauen unbezahlt geleisteter Sorgearbeit und

sozialer Sicherungsnetze einerseits und der regenerativen Kräfte der Natur andererseits funktioniert. In der Marktökonomie zählt nur die geld-entlohnte Arbeit als produktiv und wertschöpfend. Unbezahlte und ehrenamtliche Sorge-, Subsistenz- und Reproduktionsarbeit wird aus der Ökonomie abgespalten und abgewertet. Perfiderweise setzt der Markt gleichzeitig Sorgearbeit als quasi natürliche und unendlich dehnbare Ressource voraus, ohne die die Wirtschaft nicht funktionieren kann, und eignet sie sich unentwegt an – wie auch natürliche Ressourcen. Während die Finanzmärkte von dem Mythos leben, dass Geld „arbeitet“ und Wert schöpft, gelten Kinderbetreuung und der Wasserkreislauf der Natur gleichermaßen als außerhalb der Ökonomie und nicht wertschöpfend.

Die multiplen Krisen legen die inneren Widersprüche dieser gewinn- und wachstumsbesessenen, sorglosen Wirtschaftsweise offen und widerlegen die Mär neoklassischer Ökonomie, dass der Markt eine optimale Ressourcenverteilung leistet und Win-win-Situationen für alle schafft.

Download von Kosten und Risiken in der Krise

Die Finanzmarktkrise, die die anderen Krisen überwölbt und das Lebenselixier kapitalistischer Wirtschaftsweise, das Geld, betrifft, setzt sich in Kaskadeneffekten in der Markt- und der Sorgeökonomie fort. Dieser Download von Kosten und Risiken hat jedoch regional, sektoral und auch geschlechtsspezifisch unterschiedliche Auswirkungen.

Überall sind in Erstrundeneffekten die Exportsektoren mit sinkenden Investitionen und sinkender Nachfrage betroffen. Im Norden trifft das die männlich dominierten Schlüsselindustrien wie Automobilproduktion und Maschinenbau, im Süden die arbeitsintensiven frauendominierten Verarbeitungsindustrien wie Textil- und Elektronikherstellung. In den USA waren 80 Prozent der Entlassenen Männer, in Kambodscha waren es zu 90 Prozent Frauen. Auch die stark konjunkturabhängige Baubranche schwächelte sofort, was im Norden Männer, in den Golfstaaten männliche Migranten aus Süd- und Südostasien, in vielen Ländern des Südens aber ebenso auch Frauen, die am Bau arbeiten, betrifft.

Die privaten und öffentlichen Dienstleistungen, in denen die meisten Frauen beschäftigt sind, gelten dagegen zunächst einmal als krisenfest und konjunkturunabhängig wie z.B. der Gesundheitssektor. Außerdem verloren Frauen, die im Norden die Mehrzahl der informellen und Teilzeitjobs haben, seltener ihre Stellen als vollbeschäftigte Männer. Währenddessen nahmen Selbstbeschäftigung, ungeschützte und Leiharbeit vor allem bei Männern zu. Anders als in früheren Krisen gehen diese unterschiedlichen Auswirkungen auf den Erwerbsmärkten nicht mehr in eine einfache Formel auf, dass Frauen als erste und mehr Frauen als Männer Job und Verdienst einbüßen. Vielmehr verschärft und exponiert die Krise bestehende Tendenzen wie die sinkenden Reallöhne von Männern und Deindustrialisierung sowie die Flexibilisierung und Prekarisierung von Beschäftigung. Dadurch kommt es auch zu weiteren Verschiebungen zwischen Männern und Frauen: das Modell des männlichen Ernährers, dem früher ein Familienlohn gezahlt wurde, wird weiter ausgehöhlt, während der Finanzcrash und die Kritik an der Bongeilheit und unverantwortlichen Zockereinstellung von Bankern und Börsianern gleichzeitig auch

Männlichkeit an den Finanzmärkten demontierte. Immer mehr Frauen sind nicht mehr nur Zuverdienerinnen, sondern erwirtschaften einen großen oder sogar den Hauptanteil der Haushaltseinkünfte. Das Beispiel der ostdeutschen Bundesländer zeigt dabei deutlich, dass dies nicht mit beruflichem Aufstieg der Frauen einhergeht. Vielmehr sind die meisten Frauen Familienernährerinnen auf mittlerem bis geringem Qualifikations- und Einkommensniveau. Trotzdem zeichnet sich ein Trend zum „Erwachsenen-Erwerb-Modell“ ab, in dem jedes erwachsene Haushaltsmitglied erwerbstätig ist. Allerdings findet die Integration von Frauen in die Erwerbsmärkte immer noch zu ungleichen Bedingungen statt, was sich in der geschlechtsspezifischen Zuschreibung von Berufen und dem weiterbestehenden Lohngefälle zwischen Frauen und Männern zeigt.

Zudem sind Frauen in jeder Notsituation als soziale Air Bags gefragt. Sie fangen mit unbezahlter Mehrarbeit im Haushalt Löcher in den Haushaltskassen auf, gleichen mit zwei Mini-Jobs die eigene Entlassung, Lohnkürzungen oder Kündigung der Männer aus, federn mit Ehrenamt und Selbsthilfe das Schrumpfen öffentlicher Leistungen ab. Während die Ernährerrolle der Männer durch die Krise weiter ausgehöhlt wird, schultern die flexiblen Frauen mehr Verantwortung und Lasten zur Existenzsicherung der Familien.

Und die Politik?

Die konjunkturpolitischen Maßnahmen, Rettungsschirme und Stimuluspakete der Regierungen dienten in erster Linie der Reparatur des ökonomischen Modells, das auf dem Industrie- und Finanzsektor basiert. Gerettet wurde nicht nur im Finanz-, sondern auch im Erwerbssektor, was systemrelevant ist. Als systemrelevant gelten in den Industrienationen die männerkulturellen Krisenherde im Bankensektor und den Schlüsselindustrien, vor allem Autoherstellung, Maschinenbau, Stahlindustrie und Bauwirtschaft. Besonders die deutsche Regierung agierte mit ihren Konjunkturprogrammen auf der Folie eines industriekapitalistischen Versorger-Zuverdienerin-Modells. Die beschäftigungsrelevanten Konjunkturpakete kamen zu 72 Prozent männlichen und nur zu 28 Prozent weiblichen Beschäftigten zugute. Der Versorgerkonservatismus wurde besonders deutlich, als die Regierung sich für die Versorgermänner bei Opel einsetzte und gegen die Zuverdiener-Frauen bei Arcandor entschied, die zeitgleich um Rettung vor der Insolvenz baten. Mit ihren Maßnahmen – Steuerentlastung für obere Einkommensklassen, wo Frauen nur mit 15 Prozent vertreten sind, Subvention von Kurzarbeit, Abwrackprämie - fiel die Politik in ihrer familien- und geschlechterpolitischen Orientierung hinter die reale Krise der Ernährermännlichkeit und die real wachsende Ernährerrolle von Frauen zurück. Trotzdem kann die Politik mit männerorientierten Konjunkturprogrammen die realen Verschiebungen nicht konterkarieren und den Niedergang des industriekapitalistischen Versorgermodells nicht aufhalten: trotz der Stützungsmaßnahmen ging die Beschäftigung in den männerdominierten Branchen zurück.

In einigen EU-Ländern war der ebenfalls männlich dominierte Ausbau der physischen Infrastruktur ein Schwerpunkt von Stimulusmaßnahmen, während die weiblich dominierte soziale Infrastruktur nicht gefördert wurde. Damit ignorierte die Politik die Krise der sozialen Reproduktion in Pflege- und Sorgebereich statt sozialpolitische Ziele von Anfang an in die Konjunkturpakete einzubauen und soziale

Dienstleistungssektoren als Zukunftsbranchen zu entwickeln.

Inzwischen haben die EU-Regierungen begonnen, Sparprogramme für den öffentlichen Sektor aufzulegen, um ihre gigantische Verschuldung durch die Konjunkturprogramme in den Griff zu bekommen. Die deutsche Politik, die als erstes bei den Schwächsten, den Hartz-IV-Empfängern spart, zeigt erneut, wie Kosten von oben nach unten verschoben werden. Zwangsläufig werden Regierungen und Kommunen die öffentlichen Ausgaben weiter beschneiden, den Sozialabbau, das Outsourcing und die Privatisierung beschleunigen. Dies gefährdet die Beschäftigung von Frauen im öffentlichen Sektor ebenso wie die öffentliche Versorgung und Transferleistungen, auf die gerade einkommensschwache und sozial wenig abgesicherte Frauen – im Norden prototypisch Alleinerziehende – am meisten angewiesen sind. Geringentlohnt, flexibel und sozial ungeschützt arbeitende Frauen verfügen über keine oder nur schwache Rückfallpositionen. Sie sind auf kostengünstige öffentliche Daseinsvorsorge angewiesen. Wenn Regierungen wegen der Schuldenlast und geringeren Steuer- und Zolleinnahmen Kinderbetreuung abbauen, Renten kürzen oder die Bildungs- und Gesundheitsversorgung verteuern, betreffen diese Zweitrundeneffekte Frauen in besonderem Maße.

Das bedeutet aber auch, dass diejenigen einen hohen sozialen Preis zahlen, die in keiner Weise für die Entstehung der Krise verantwortlich sind und ohnehin ökonomisch und sozial benachteiligt und verletzlich sind. Außerdem zeigen Erfahrungen aus anderen Krisen, dass die sozialen Verwerfungen durch die Krisen lange andauern. Nach der Asienkrise 1997/8 waren die ökonomischen Indikatoren nach zwei Jahren wieder auf dem Stand vor Krisenbeginn, die sozialen Indikatoren hatten sich erst nach sieben Jahren erholt, die ökologischen Schäden durch Abholzung und Ressourcenraubbau sind irreversibel.

Systemumbau statt „weiter wie bisher“!

Statt durch Rettungsschirme und Stimuluspakete die Bedingungen für ein „weiter wie bisher“ zu schaffen, hätte die Krise auch als Chance für die Überwindung innerer Widersprüche und für eine Suche nach Wegen genutzt werden können, wie der Versorgung und Reproduktion von Gesellschaft und Natur der Vorrang vor Wachstum und Profit gegeben werden kann. Dazu müsste nicht nur die absurde Kasinologik der Finanzmärkte gezähmt, sondern auch die industrielle ressourcen- und energie-intensive Wachstumsbesessenheit in Frage gestellt werden. Mittel dazu wäre unter anderem ein neuer Protektionismus, der die Ernährung, soziale Sicherheit und öffentliche Güter vor den Finanzmärkten schützt, sprich: Nahrungsmittel, Renten, Bildung und Bahn dürfen nicht ins Kasino.

Aus feministischer Sicht wäre eine tragende Säule für eine demokratische und solidarische Wirtschaft jenseits der Wachstums- und Renditelogik die Umverteilung von Arbeit. Diese alte Forderung hatte stets mehrere Dimensionen, nämlich eine quantitative Neuverteilung und eine qualitative Neubewertung von bezahlter und unbezahlter, marktförmiger und sorgeorientierter Arbeit. Wo infolge gesteigerter Produktivität weniger bezahlte Arbeit notwendig ist, um gesellschaftlichen Wohlstand zu produzieren, könnte dies auch als Chance zur Neuverteilung aller Arbeit, Erwerbs-, Sorge- und Freiwilligenarbeit genutzt werden. Wo die Ungleichbewertung und –

entlohnung von Arbeit in Form von Bankerboni und Managerabfindungen einerseits, Zeit- und Leiharbeitslöhnen oder 1-Euro-Jobs andererseits öffentlich nicht mehr akzeptiert wird, könnte dies Chance zu einer gerechteren Bewertung aller Arbeit, Erwerbs- und Sorgearbeit sein. Die Kita-Beschäftigten in Deutschland setzten mit ihrem Streik auf dem Höhepunkt der Krise ein Zeichen für diese Umbewertung. „Wir haben nicht für zwei ergonomische Stühle in den Kitas gestreikt, sondern für mehr Anerkennung unserer Arbeit.“ Während die Politik die Frage der Systemrelevanz zugunsten des Finanz- und des Exportsektors beantwortet hatte, demonstrierten die Sorgearbeiterinnen, wie „systemrelevant“ ihre Arbeit ist. Eine tragfähige Sorgeökonomie, die aus bezahlter und unbezahlter Pflege-, Betreuungs- und Erziehungsarbeit besteht, ist unentbehrlich für die soziale Reproduktion der Gesellschaft und eine Voraussetzung für die Funktionsfähigkeit der Erwerbsmärkte.

Trotz vollmundiger Ankündigungen und Rechtsansprüche ist der deutsche Staat nicht in der Lage, die Mittel bereitzustellen, um öffentliche Einrichtungen auszubauen. Die Realpolitik scheitert hier an der öffentlichen Armut, die sie allerdings selbst durch neoliberale Maßnahmen wie eine verfehlte Steuerpolitik im Dienste der Investitionsförderung erzeugt hat. Im Zuge einer Demokratisierung müssen BürgerInnenhaushalte mit Gender Budgets darüber entscheiden, wo die Kommune oder der Staat investiert und wo de-investiert wird, wie das Gemeinwohl und öffentliche Güter definiert und geschützt werden können, in welchem Verhältnis z.B. die materielle und die soziale Infrastruktur ausgebaut werden sollte und wie der öffentliche Sektor gestärkt und ausgebaut werden kann.

Eine gute Rahmenbedingung für einen Umbau der Arbeits- und Lebenswelten könnte ein Grundeinkommen sein. Die beiden zentralen Ansatzpunkte wären eine Verkürzung bezahlter Arbeitszeit aufgrund des hohen erreichten Produktivitätsniveaus und eine Aufwertung von unbezahlter Sorgearbeit durch Anspruchsrechte auf soziale Sicherheit und Altersversorgung. Gezielte politische Steuerungsmaßnahmen, nämlich Beseitigung von Frauendiskriminierung auf den Märkten und Gleichstellung von Männern bei der Sorgearbeit sind dabei unabdingbar, um jenseits neoliberaler Gleichstellung zu einer geschlechtergerechteren Arbeitsteilung von der Haushalts- bis zur globalen Ebene zu kommen und zu einer solidarischen Ökonomie.

Allgemein lässt sich für politische Interventionen sagen, die zwischen Gegensätzen oder Ungleichheiten in der Ökonomie vermitteln wollen, dass Maßnahmen an beiden Polen ansetzen müssen, wenn das gesamte Spektrum in Bewegung geraten soll. Dem Einbezug von Männern in die Sorgearbeit müssten systematische pro-aktive Gleichstellungsmaßnahmen in der Erwerbsarbeit gegenüberstehen: ein Ausgleich von Männern und Frauen in Teilzeit- und Vollzeitjobs und in Führungspositionen, sowie ein Aufbrechen der geschlechtsspezifischen Segmentierung der Erwerbsmärkte, d.h. mehr Männer in frauenspezifische Berufe, mehr Frauen in Männerberufe, sowie ein Schließen des geschlechtsspezifischen Lohngefälles. Das bestreitet nicht die Notwendigkeit, z.B. Väterbetreuungszeit als Direktmaßnahme einzuführen und dadurch punktuelle oder individuelle Verbesserungen anzustreben. Doch wenn die Politik einen sozialen Wandel dieses komplexen Systems anstoßen will, braucht sie umfassende, ganzheitliche Konzepte für Geschlechtergerechtigkeit in der Sorge- und Marktökonomie, nicht nur Ein-Punkt-Maßnahmen.

Dies verweist einmal mehr auf eine Doppelstrategie bei der Umverteilung und Aufwertung von Sorgearbeit: es muss mit Veränderungen im Kleinen, Lokalen und Persönlichen begonnen werden, aber gleich muss auch das große Ganze der Ökonomie in den Blick genommen werden. Bei der Re-organisation sozialer Reproduktion und von Sorgeökonomie geht es auch um eine Repolitisierung und eine Demokratisierung der Wirtschaft, von Arbeit, Konsum und sozialer Sicherheit. Aus feministischer Sicht müssen emanzipatorische Ansatzpunkte für eine solidarische Ökonomie darauf zielen, die Spaltung zwischen Produktion und sozialer Reproduktion zu überwinden.

Dies aber stellt die kapitalistische, geldzentrierte, ressourcen- und energieintensive Marktökonomie, die über die Politik in den westlichen Wohlfahrtsstaaten eng mit Beschäftigung, Wohlstand, Konsum und sozialer Sicherheit verknüpft ist, grundsätzlich in Frage. Sollen und müssen Wachstumszwang und Akkumulationsmotiv weiterhin die Antriebsfeder für das Wirtschaften und Arbeiten sein? Müssen nicht Versorgung durch lokale Ressourcen und Binnenmärkte, Wohlbefinden und soziale Sicherheit jenseits der Wachstums- und Renditelogik der Märkte in den Vordergrund treten? Welchen Konsum und wie viele Ressourcen brauchen wir für ein gutes Leben? Welches Wachstum wollen wir, welchen Wohlstand?

Am Beispiel der Kinderbetreuung und Bildung wird deutlich, dass auch die Sorgeökonomie einem Wachstumskonzept folgt, aber einem menschlichen und sozial definierten Wachstum, während der Wachstumszwang der kapitalistischen Marktökonomie auf die Akkumulation von Geld, nämlich ein rein ökonomisches Wachstum zielt. Unter der normativen Maßgabe des guten Lebens für alle, sozialer und Geschlechtergerechtigkeit und ökologischer Nachhaltigkeit muss die Wirtschaft vom spekulativen Kopf auf die versorgenden Füße gestellt werden. Dazu muss sich einiges in den Köpfen der Menschen verändern und ein Werte- und Bewusstseinswandel mit einem Strukturwandel Hand in Hand gehen.